

## Presseinformation

4. Dezember 2007

### **NÖ Sozialhilferichtsätze werden um 2,9 Prozent angehoben**

#### **Schabl: Beitrag zu einem menschlichen Niederösterreich**

Immer mehr Menschen geraten trotz Erwerbstätigkeit in Situationen, die sie alleine nicht mehr bewältigen können und daher zumindest für bestimmte Notlagen die Hilfe der Allgemeinheit in Anspruch nehmen müssen. Die NÖ Landesregierung beschloss heute auf Antrag von Sozial-Landesrat Emil Schabl eine Erhöhung der Sozialhilferichtsätze um 2,9 Prozent. Gleichzeitig wurden in der Sitzung auch die Zuschüsse zu den vertretbaren Unterkunftskosten um 4,1 Prozent angehoben.

„Ein Vergleich über die letzten fünf Jahre zeigt, dass sowohl die Anzahl jener Personen, die in diesem Sozialnetz aufgefangen werden mussten, als auch die dafür aufzuwendenden Mittel rasant angestiegen sind. Die Anpassung der Richtsätze ist ein weiterer Beitrag zu einem sozialen und menschlichen Niederösterreich“, betont Schabl.

Der Gesamtaufwand der Hilfe zum Lebensunterhalt beträgt im Jahr 2007 21,5 Millionen Euro. Die Erhöhung der Richtsätze ergibt voraussichtliche Mehraufwendungen für das Jahr 2008 von 622.000 Euro. Der Aufwand an Zuschüssen zu den vertretbaren Unterkunftskosten beläuft sich für das Jahr 2007 auf 2,6 Millionen Euro. Die Erhöhung der Richtsätze für die Zuschüsse zu diesen Unterkunftskosten zieht voraussichtlich einen finanziellen Mehraufwand im Jahr 2008 von 105.000 Euro nach sich. Insgesamt werden sich somit die Mehrkosten im nächsten Jahr auf 727.000 Euro belaufen, 50 Prozent davon tragen die Gemeinden.

„Sozialleistungen sind besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen bedeutsam und haben eine wichtige Funktion in der Vermeidung von Armut. Ohne Sozialleistungen wären statt 13 Prozent der Bevölkerung 43 Prozent armutsgefährdet“, so Schabl abschließend.